



Kurzanalysen und Informationen

Scheinerstr. 11
81679 München
Telefon: 089/99 83 96-0
Telefax: 089/98 10 110
E-Mail: oei@oei-muenchen.de
Internet: www.oei-muenchen.de

Nr. 27 Juli 2007

Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung

Flexicurity: Vorbild für die neuen Mitgliedstaaten (NMS)?¹

Michael KNOGLER, Fidelis LANKES

Im Zuge der aufholenden Wirtschaftsentwicklung und Integration in die EU ist in den NMS ein tief greifender Strukturwandel von sektoraler und regionaler Produktion und Beschäftigung aber auch von Qualifikationsprofilen zu verzeichnen. Die durch den Strukturwandel geforderte Anpassungsfähigkeit der Arbeitsmärkte wird nicht unwesentlich durch die Mischung von institutioneller Ausgestaltung der Arbeitsmärkte und sozialer Sicherheit bestimmt.

Im folgenden Beitrag wird das Konzept der Flexicurity, das im Rahmen der europäischen Beschäftigungsstrategie als Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung bei gleichzeitiger Bewahrung des europäischen Sozialmodells gesehen wird (European Commission, 2007), als Referenzmodell verwendet, um zu beleuchten wo sich die NMS innerhalb des Mix von Arbeitsmarktflexibilität und Einkommenssicherheit im Vergleich zu den anderen EU-Staaten positioniert haben. Abschließend erfolgen einige Anmerkungen zu Problemen der Realisierung von Flexicurity in den NMS.

Flexicurity: Das Konzept

Die Grundidee des Konzepts, das sich am dänischen Vorbild orientiert, besteht darin, dass die beiden Seiten Flexibilität und Sicherheit nicht in Gegensatz zueinander stehen sondern sich wechselseitig unterstützen (Wiltenhagen, Tros 2004). Es kann damit als Kombination von

- flexiblen Arbeitsmärkten (Ausgestaltung des Beschäftigungsschutzes bzw. Kündigungsschutzregelungen)
- hoher Einkommenssicherheit (Unterstützung für die Arbeitslosen) und
- relativ hohen Ausgaben für eine aktive Arbeitsmarktpolitik

beschrieben werden.²

Charakteristisch für dieses Modell ist in Dänemark eine hohe Mobilität in und aus der Beschäftigung und zwischen verschiedenen Jobs. Rund ein Viertel der Beschäftigten wird mindestens einmal im Jahr arbeitslos, wobei die meisten relativ schnell wieder Arbeit finden (Bredgard, Larsen, Madsen 2005). Diejenigen, denen das nicht gelingt, profitieren nach einer gewissen Zeit von einem umfassenden Angebot an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik einschließlich kontinuierlicher Weiterbildung, das darauf abzielt, die Qualifikation zu erhöhen und damit die individuelle Beschäftigungsfähigkeit zu fördern.

Ein hohes Niveau der Arbeitslosenunterstützung führt dabei nicht zu einer Verringerung des Arbeitsangebots, da es in das gesamte Paket einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik eingebettet ist, die den Bezug von Arbeitslosengeld an die Teilnahme von Qualifizierungsmaßnahmen und aktive Jobsuche knüpft. Gleichzeitig ist Dänemark durch sehr restriktive Regelungen bei den Vorankündigungsfristen von Massenentlassungen gekennzeichnet. Dies stellt insofern ein wichtiges „Flexicurity“-Element dar, als es den Beschäftigten genügend Zeit gibt einen neuen Arbeitsplatz zu suchen bzw. an Umschulungsmaßnahmen teilzu-

¹Erscheint auch im Ifo Schnelldienst 60. Jg. Nr. 14/2007.

² Die Balance von Flexibilität und Sicherheit ist nicht nur von diesen drei Komponenten abhängig. Sie wird auch durch ein breites Feld von Institutionen, durch politische Einflüsse wie der Arbeitsmarktpolitik, der Sozial- und (Aus)bildungspolitik sowie ihre Wechselwirkungen und nicht zuletzt durch die makroökonomische Entwicklung der Wirtschaft bestimmt. Die folgenden Ausführungen beschränken sich jedoch auf die genannten drei Komponenten.

nehmen. Zudem unterstützt die Arbeitsverwaltung die Betroffenen bereits vom Zeitpunkt der Ankündigung von Entlassungen.

Ein solches Modell könnte durchaus als Vorbild für die NMS dienen, da es sehr dynamisch auf den Strukturwandel reagiert, der in diesen Ländern noch ausgeprägter ist, und auch die Verbesserung der Qualifikationsstruktur, die mit diesem Strukturwandel einhergehen muss, in den Vordergrund stellt. Nicht zuletzt könnte die in den NMS historisch gegebene hohe Präferenz für Einkommenssicherheit durch dieses Modell abgedeckt werden.

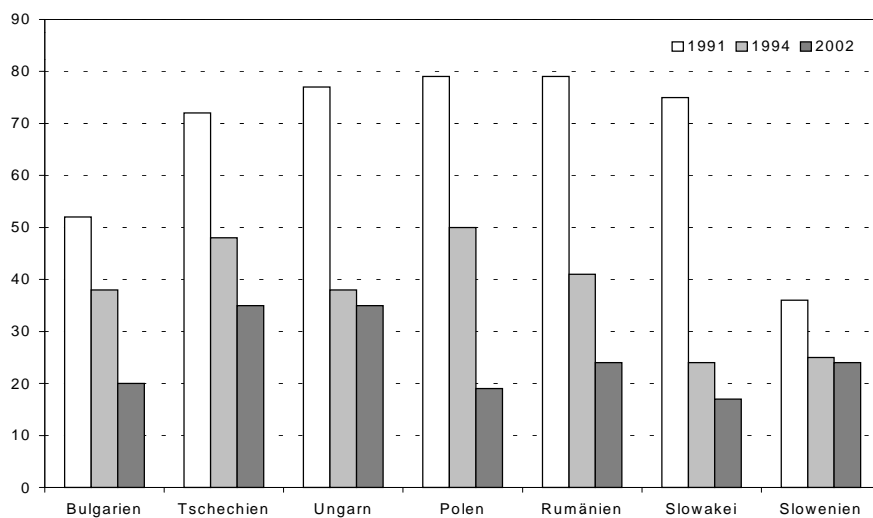
Wo stehen die neuen NMS: Arbeitslosensicherung, Beschäftigungsschutz und aktive Arbeitsmarktpolitik

Die *Arbeitslosengeldsysteme* waren in den NMS nach ihrer Einführung zu Beginn der Transformation zunächst relativ großzügig ausgestaltet. Mit zunehmender Restrukturierung stiegen mit der Arbeitslosigkeit auch die Ausgaben für die passive Arbeitsmarktpolitik rapide an. Vor dem Hintergrund wachsender Budgetdefizite wurden dann die Bezugsregeln restriktiver gestaltet und die Bezugsdauer verkürzt. Letztere liegt nun niedriger als in den alten Mitgliedstaaten zwischen 6 und 12 Monaten, wobei in einigen Fällen eine

Abhängigkeit von der vorangegangenen Erwerbsdauer besteht.

Als Resultat der strenger gefassten Anspruchsvoraussetzungen sank der Anteil der Arbeitslosen, die Arbeitslosengeld erhalten, im Verlauf der Transformation dramatisch (Abbildung 1). Während zu Beginn der 90er Jahre etwa drei Viertel der arbeitslos gemeldeten Personen Leistungen bezog, liegt dieser Anteil nun zwischen einem Fünftel in Polen und rund einem Drittel in Tschechien und Ungarn. Parallel dazu fielen auch die Lohnersatzraten von rund 50% des Durchschnittseinkommens 1991 auf zwischen 20 und 30% im Jahr 2002 (UNECE 2003). Sie sind nun deutlich niedriger als in den EU15³. Die meisten Beschäftigten genießen damit nur eine unzureichende Einkommenssicherheit.

Hinsichtlich möglicher Effekte auf das Arbeitsangebot sind allerdings weitere staatliche Sozialtransfers zu berücksichtigen. Das Arbeitslosengeld wird durch staatliche Unterstützungsleistungen etwa in Form von Arbeitsunfähigkeits- und Frührenten ergänzt. Diese wurden zunächst großzügig angeboten, um den Anstieg der offenen Arbeitslosigkeit zu begrenzen und den Transformationsprozess sozialpolitisch abzufedern.⁴



Quelle: UNECE (2003), Chart 7.1.1.

ABBILDUNG 1: Ausgewählte NMS: Anteil der Arbeitslosengeldbezieher an den Arbeitslosen

³ Dies zeigen auch die von der OECD für die vier OECD-Mitglieder der NMS berechneten Replacement-ratios.

⁴ So sind in Polen und Ungarn 13 bzw. 10% der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter Empfänger von Arbeitsunfähigkeitsrenten, viele Beschäftigte profitieren von Frühverrentungsprogrammen (Barysch, 2005).

Im Unterschied zum Arbeitslosengeld sind diese Leistungen nicht mit Unterstützung bei der Arbeitssuche bzw. Anforderungen an Weiterqualifizierungsmaßnahmen verbunden. Sie sind wenig zielgerichtet und können in der Summe Einkommen erzeugen, die über dem Mindestlohn liegen. Vor allem niedrig qualifizierte Arbeitskräfte haben damit keinen Anreiz zur Arbeitssuche (Arbeitslosigkeitsfalle). Da der Realwert der Sozialtransfers in armen Regionen mit deutlich niedrigeren Preisen und Mieten höher liegt, ergeben sich auch keine Anreize für Arbeitslose in Gebiete mit günstiger Arbeitsnachfrage, aber höherem Preisniveau zu wechseln.

Alle NMS hatten zu Beginn der Transformation einen ähnlichen Ausgangspunkt mit einem sehr restriktiven *Beschäftigungsschutz*, den sie alle gelockert haben, um die notwendigen Restrukturierungsprozesse zu ermöglichen.

Der Grad des Beschäftigungsschutzes kann durch den von der OECD entwickelten Indikator zum Beschäftigungsschutz verdeutlicht werden.⁵

Die neuen Mitgliedstaaten liegen, was den Gesamtindex angeht, etwas über dem EU14-Niveau (Tabelle 1). Sie haben insgesamt striktere Regelungen als die angelsächsischen Länder, sind allerdings liberaler als die mediterranen und meisten kontinentaleuropäischen Länder. Innerhalb der NMS haben die reicheren zentraleuropäischen NMS eher einen geringen Beschäftigungsschutz.⁶

Der Gesamtindex verdeckt jedoch, dass die NMS eine asymmetrische Liberalisierung eingeleitet haben. Temporäre Beschäftigungsverhältnisse wurden liberalisiert und sind in den meisten NMS deutlich flexibler gestaltet als im EU14-Durchschnitt, nicht zuletzt auch deswegen, da dies politisch leichter durchzusetzen war als die Liberalisierung bei den regulären Beschäftigungsverhältnissen, die in den NMS wiederum deutlich rigider reguliert sind.

	Temporäre Beschäftigungsverhältnisse	Reguläre Beschäftigungsverhältnisse	Massenentlassungen	Gesamt
bg	0,9	2,1	4,1	2,0
cz	0,5	3,3	2,1	1,9
ee	1,3	2,7	4,0	2,3
hu	1,1	1,9	2,9	1,7
lt	2,4	2,9	3,6	2,8
lv	2,1	2,3	4,0	2,5
pl	1,3	2,2	4,1	2,1
si	0,6	2,9	4,9	2,3
sk	0,4	3,5	1,9	2,0
dk	1,4	1,5	3,9	1,8
NMS8	1,2	2,7	3,4	2,2
EU14*	2,0	2,3	3,4	2,4

*EU14 o. Luxemburg.

Quelle: OECD 2004; Tonin 2003; Micevska 2004; Cazes/Nesporova 2006; Earnets/Masso 2005. Ghinararu (2006); Kajzer (2005).

TABELLE 1: **Beschäftigungsschutz 2003** (OECD-Indikatoren)

De facto ist der Beschäftigungsschutz in den NMS flexibler als diese Indikatoren nahe legen, da häufig die entsprechenden Regelungen nicht

durchgesetzt werden und atypische Beschäftigungsformen wie befristete Verträge, Werkverträge und Scheinselbständigkeit deutlich zugenom-

⁵ Der Indikator besteht aus drei Unterindikatoren zu regulären und temporären Beschäftigungsverhältnissen und einem Indikator zu den Regelungen bei Massenentlassungen. Der Gesamtindex fasst diese zusammen und liegt zwischen null und sechs, wobei 0 völlige Liberalisierung und 6 absolut restriktiven Beschäftigungsschutz bedeuten würde.

⁶ Ausnahme Slowenien, das jedoch mit dem neuen Arbeitsgesetz vom 1.1.2003 den Beschäftigungsschutz deutlich liberalisiert hat (Ignjatović, 2006).

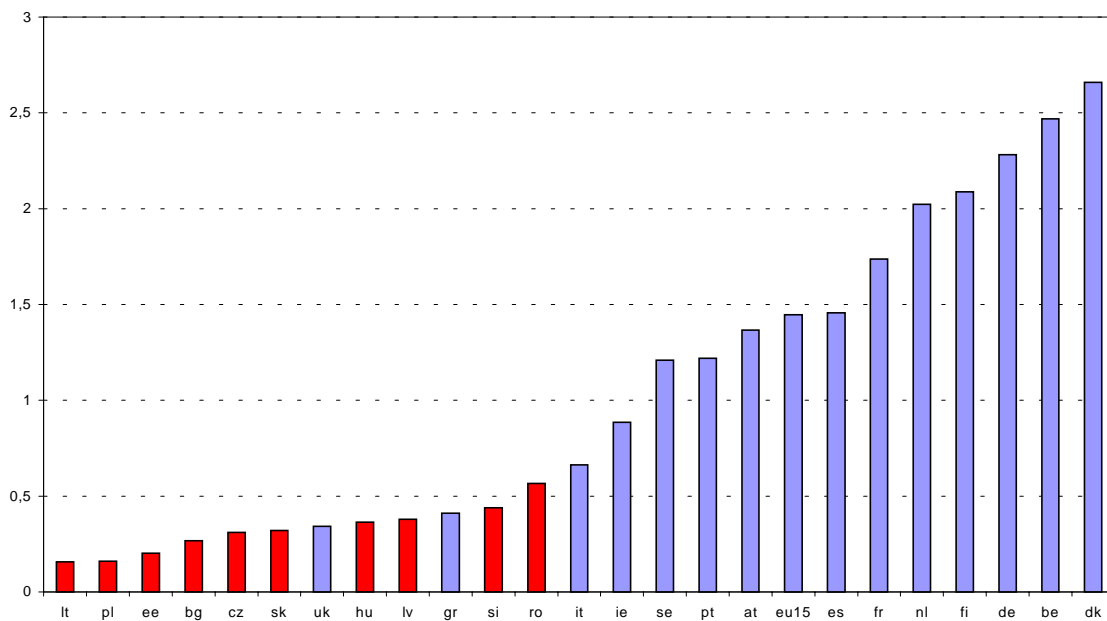
men haben. Zudem unterliegt die in diesen Ländern stark ausgeprägte Schattenwirtschaft naturgemäß nicht dem Beschäftigungsschutz.

Letztlich ist in den NMS eine Segmentierung der Arbeitsmärkte zu beobachten mit einem dualen Arbeitsmarkt mit geschützten, relativ unflexiblen regulären Jobs auf der einen Seite und einem großen Bereich atypischer Beschäftigungsverhältnisse (häufig im Bereich der Schattenwirtschaft) auf der anderen Seite. Dies gilt vor allem für Kleinunternehmen. Häufig arbeiten Beschäftigte ohne Arbeitsverträge bzw. auf Basis eines zusätzlichen zivilrechtlichen Vertrags, über den Überstunden bzw. generell eine Ausdehnung der Arbeitszeit abgewickelt werden.

Beschäftigungspolitisch gesehen führt diese asymmetrische Liberalisierung zu gemischten Ergebnissen: Einerseits entstehen zwar befristete Arbeitsplätze, auf der anderen Seite führt die Beibehaltung eines hohen Kündigungsschutzes für reguläre Beschäftigung dazu, dass weniger befristete Jobs in Dauerstellen umgewandelt

werden und damit zu einem Abbau von längerfristigen Arbeitsplätzen zugunsten temporärer Beschäftigung. Der Gesamteffekt dieser Umschichtung ist unbestimmt. Im Ergebnis kann die Beschäftigung (zumindest im formellen Sektor) auch sinken. Beschäftigte in prekären Beschäftigungsverhältnissen haben zudem nicht nur ein höheres Risiko ihren Arbeitsplatz zu verlieren und dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen zu werden, sondern profitieren auch nicht in gleichem Umfang von Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen wie regulär Beschäftigte.

Die dritte Komponente des *Flexicurity*-Modells, die *aktive Arbeitsmarktpolitik* weist in den NMS generell einen geringen Stellenwert auf (Abbildung 2). Die Ausgaben liegen deutlich unter dem dänischen Niveau. Eine relativ hohe Bedeutung kommt innerhalb der NMS der aktiven Arbeitsmarktpolitik allenfalls in Slowenien und Bulgarien zu.



Quelle: Eurostat; eigene Berechnungen.

ABBILDUNG 2: Ausgaben der aktiven Arbeitsmarktpolitik 2005 (in % des BIP bezogen auf die Arbeitslosenquote)

⁷ Besonders verbreitet ist diese Art von multiplen Verträgen in Polen und Ungarn, sie ist aber auch in allen anderen NMS anzutreffen. Inspektionen zeigten, dass in Ungarn bis zu 30% der Beschäftigten überhaupt keinen Arbeitsvertrag hatten. Auch hinter der selbständigen Beschäftigung verbirgt sich in den NMS häufig eine abhängige Beschäftigung mit dem Ziel, Steuern und Sozialversicherungsbeiträge aber auch geltende gesetzliche Regelungen des Kündigungsschutzes zu umgehen. In Lettland und Litauen unterzeichnen etwa 10% der Beschäftigten parallel zum Arbeitsvertrag gleichzeitig eine Zusatzvereinbarung über die Kündigung des Arbeitsverhältnisses, die bei Bedarf vom Arbeitgeber eingesetzt werden kann. Vgl. Vaughan-Whitehead 2005

Der Trade-off zwischen Flexibilität und Sicherheit⁷

Die Mischung von Flexibilität und Sicherheit in den einzelnen EU-Staaten ist in Abbildung 3 wiedergegeben. Als Indikator für die Einkommenssicherheit werden die Ausgaben der passiven Arbeitsmarktpolitik bezogen auf die jeweilige Arbeitslosenquote verwendet, die einen guten Indikator für die Großzügigkeit des Arbeitslosengelds darstellen, als hier implizit Lohnersatzraten, Bezugsdauer und Anteil der Leistungsempfänger mit einfließen.⁸

Insofern Beschäftigungsschutz und Arbeitslosensicherung zwei alternative Wege des Schutzes vor den Risiken des Arbeitsmarktes darstellen, ist in der Abbildung für die EU15 eine gewisse Substitutionalität zwischen beiden Instrumenten zu erkennen. So finden sich in Kontinentaleuropa Kombinationen von vergleichsweise hohen Lohnersatzleistungen bei reduziertem Schutz bestehender Arbeitsverhältnisse (Niederlande und Dänemark), über einen sehr strikten Beschäftigungsschutz und einer schwachen sozialen Absicherung (mediterrane Länder) bis hin zu einem mittleren Niveau des Kündigungsschutzes und der Lohnersatzleistungen (West- und Mitteleuropa). In den angelsächsischen Ländern fällt dagegen sowohl die soziale Absicherung als auch der Beschäftigungsschutz eher niedrig aus.

Auch im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie wird implizit von einem Trade-off von Flexibilität und Sicherheit ausgegangen. Vor dem Hintergrund des stärkeren Wettbewerbsdruck wird empfohlen, den Beschäftigungsschutz zu lockern und die Arbeitslosensicherung zu stärken. Insbesondere wird der Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik angeregt, um die notwendige Reallokation der Beschäftigung und eine hohe Mobilität der Arbeitskräfte zu erleichtern.⁹

⁸ Dieser Quotient entspricht in etwa dem Verhältnis von durchschnittlichem Arbeitslosengeld pro Arbeitslosen zum Durchschnittseinkommen pro Erwerbsperson.

⁹ Ein restriktiver Beschäftigungsschutz scheint zwar nicht die Höhe der Arbeitslosigkeit zu beeinflussen, aber negativ auf die Reallokation der Arbeitskräfte zu wirken, indem er positiv mit einer längeren Dauer der Beschäftigungsverhältnisse bzw. negativ mit Zu- und Abflüssen in die Beschäftigung korreliert ist (Vgl. European Commission 2007, S. 81ff.). Lohnersatzleistungen sind auch deshalb vorzuziehen, da sie die Arbeitskräfte ermuntern, in Arbeitsplätze mit höherer Produktivität zu wechseln, auch wenn das Beschäftigungsrisiko höher ist. Die Qualität der „job matches“ wird dadurch verbessert. Negative Anreize des Arbeitslosengeldsystems auf die Arbeitsplatzsuche, können durch eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik gemildert werden.

Innerhalb der NMS ist nur ein schwacher Trade-off von Beschäftigungsschutz und Einkommenssicherheit zu erkennen. Ein geringes Niveau der Arbeitsplatzsicherheit wird damit nur sehr bedingt durch eine höhere Einkommenssicherheit ausgeglichen. Ungarn hat etwa großzügigere Arbeitslosenleistungen und weniger restriktiven Beschäftigungsschutz als Polen oder die baltischen Staaten. Allerdings liegen auch die NMS mit der höchsten Einkommenssicherheit am unteren Ende der Ausgaben für passive Arbeitsmarktpolitik. Sie sind am ehesten den mediterranen Staaten vergleichbar und zusammen mit dem ebenfalls extrem niedrigen Niveau der Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik weit vom dänischen *Flexicurity*-Modell entfernt.

Die Variation innerhalb der NMS ist, sowohl was die Flexibilität des Beschäftigungsschutzes, als auch – wenn auch abgeschwächt – das Niveau der Arbeitslosensicherung angeht, insofern bemerkenswert, als die NMS zu Beginn der Transformation die Arbeitslosenversicherungssysteme neu einführen ebenso wie die Regelungen zum Kündigungsschutz, da Arbeitslosigkeit in der Zentralverwaltungswirtschaft gesetzlich verboten war. Sie konnten sich damit relativ frei entscheiden, wo sie sich innerhalb dieses Trade-offs positionieren wollten.¹⁰

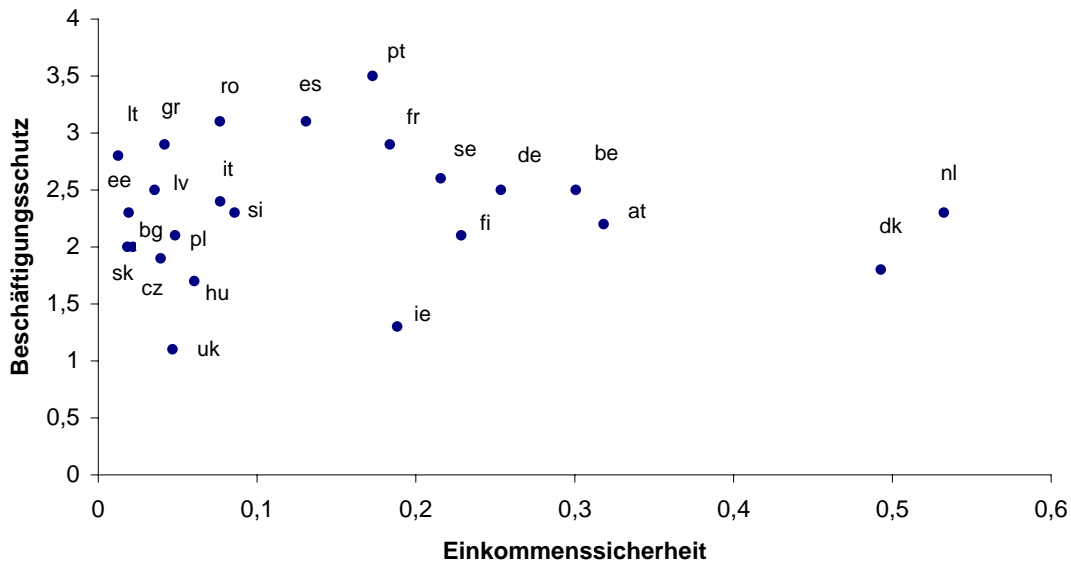
Als Erklärung für die beobachtbare Mischung von Flexibilität und Einkommenssicherheit in den NMS können mehrere Faktoren herangezogen werden. Zunächst sind die fiskalischen Kosten der jeweiligen Mischung zu berücksichtigen. Wie bereits angedeutet, waren die Arbeitslosengeldsysteme in den NMS zunächst deutlich generöser ausgestaltet. Durch den massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit in Verbindung mit großzügigen Frühverrentungsprogrammen stiegen die fiskalischen Kosten aber rasch an und zwangen zu einer massiven Kürzung des Arbeitslosengeldes. Vor dem Hintergrund der ausgedehnten Schattenwirtschaft konnte bei höheren Sozialversicherungsabgaben als in den Altmitgliedern nur ein geringeres Niveau der Arbeitslosenleistungen finanziert werden. Ein Anheben der Einkommenssicherheit in den NMS etwa auf dänisches Niveau würde diese Länder mit Aufwendungen in

¹⁰ Pfadabhängigkeiten, wie sie zur Erklärung der unterschiedlichen Positionierungen etwa der mediterranen Länder im Vergleich zu den nordischen Ländern herangezogen werden, scheiden damit für Boeri als Erklärung für die NMS aus, da er davon ausgeht, dass alle diese Länder in etwa gleichen Bedingungen zu Beginn der Transformation hatten (Boeri et. al., 2003). Inwieweit dies allerdings zutrifft, wäre genauer zu untersuchen. Die einzelnen Länder weisen doch Unterschiede etwa im Grad des Stellenwerts des sozialen Dialogs, der Umverteilungswirkung des Staates aber auch im Grad der Transformationsrezession und der daraus resultierenden Arbeitslosigkeit auf.

der Größenordnung von bis zu drei bis vier Prozent des BIP fiskalisch deutlich überfordern (European Commission, 2007).

Die Positionierung zwischen Flexibilität und Sicherheit kann, wie oben bereits angedeutet, auch durch die politische Durchsetzbarkeit von Reformen erklärt werden. Sie hängt dabei von der Qualifikationsstruktur der Beschäftigten ab. Eine Untersuchung von Boeri (Boeri et. al., 2003) kommt zum Ergebnis, dass Reformen in Rich-

tung eines flexibleren Beschäftigungsschutzes „im Austausch“ für großzügigere Arbeitslosen-transfers politisch leichter durchsetzbar sind, wenn die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten höher ist.¹¹ In den NMS dürfte dieser Zusammenhang durch den traditionell hohen Beschäftigungsschutz in den früheren planwirtschaftlichen Systemen noch verstärkt werden.



* Gesamtindikator; ** Ausgaben der passiven Arbeitsmarktpolitik 2003 in % des BIP / Arbeitslosenquote.
Quelle: siehe Tabelle 1; Eurostat.

ABBILDUNG 3: EU: Beschäftigungsschutz* und Einkommenssicherheit**

Ausblick

Flexicurity würde in den NMS in erster Linie einen flexibleren Beschäftigungsschutz für reguläre Arbeitsverhältnisse im Austausch für höhere Einkommenssicherheit bzw. zumindest höheren Ausgaben für eine aktive Arbeitsmarktpolitik bedeuten. Damit könnte der weiteren Segmentierung der Arbeitsmärkte entgegengewirkt werden. Die aus Gründen der politischen Durchsetzbarkeit eingeleitete asymmetrische Liberalisierung könnte ein erster Schritt sein, um auch eine Liberalisierung der regulären Beschäftigung einzuleiten. Durch die Ausdehnung befristeter Arbeits-

verhältnisse wird der Einfluss der Insider in geschützten Beschäftigungsverhältnissen zurückgedrängt. Damit werden die politischen Durchsetzungschancen für umfassende Arbeitsmarktreformen verbessert.

Ein wichtiger Ansatzpunkt ist der Abbau des hohen Anteils von Steuern und Sozialabgaben an den Arbeitskosten, um der Verdrängung in die Schattenwirtschaft zu begegnen. Gelingt es dadurch, die bislang sehr niedrige Beschäftigungselastizität des Wachstums zu erhöhen, würde dies über steigende Beschäftigung auch die Finanzierungsprobleme reduzieren.

¹¹ Niedrig Qualifizierte haben oft ein höheres Risiko des Arbeitsplatzverlustes als hoch Qualifizierte. Sie favorisieren daher strikteren Beschäftigungsschutz gegenüber großzügigem Arbeitslosengeld. Als Folge werden sich Länder, wo gering qualifizierte Insider dominieren, eher bei restriktivem Beschäftigungsschutz und niedrigem Arbeitslosengeld positionieren.

Nicht zuletzt muss der Fokus stärker auf den Bildungs- und Ausbildungsbereich gelenkt werden. Die extrem niedrigen Beschäftigungsquoten der gering Qualifizierten zeigen, dass diese Gruppe auf dem (formalen) Arbeitsmarkt weitgehend chancenlos ist. Die Verbesserung der Qualifikationsstruktur senkt das Risiko des Ausschlusses benachteiligter Gruppen vom Arbeitsmarkt und die damit verbundenen fiskalischen Lasten. Gleichzeitig würden damit auch die Voraussetzungen für die politische Durchsetzbarkeit von Reformen verbessert werden.

Eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung und politische Durchsetzbarkeit des *Flexicurity*-Konzepts ist, wie das dänische Beispiel zeigt, ein gut entwickelter sozialer Dialog, von dem die meisten NMS allerdings weit entfernt sind. Fortschritte in diesem Bereich könnten auch dazu

beitragen, die missbräuchliche Inanspruchnahme staatlicher Leistungen einzudämmen und das Verantwortungsbewusstsein aller Beteiligten zu erhöhen. Untersuchungen des *World Value Survey* zeigen ein Nord-Süd-Gefälle in der Beurteilung der missbräuchlichen Inanspruchnahme von Leistungen, wobei in den nordischen Ländern diese als unfair betrachtet wird.¹² Insofern wird das dänische *Flexicurity*-Modell durch soziale Normen begünstigt. Fehlen diese, wäre bei der Einführung eines *Flexicurity*-Modells mit höheren Transfers oder hohen Kontrollkosten zu rechnen.

Literatur

- Algan, Y., Cahuc, P. Civic Attitudes and the Design of Labour Market Institutions: Which Countries can Implement the Danish Flexicurity Model?, IZA Discussion Paper Nr. 1928, Januar, 2006
- Barysch, K. East versus West? The European economic and social model after enlargement, CER, October, 2005
- Boeri, T., Conde-Ruiz, J.I., Galasso, V. (2003) Protecting Against Labour Market Risk: Employment protection or Unemployment Benefits? IZA DP No. 834, July, 2003
- Bredgard, T., Larsen, F., Madsen, P.K. The Flexible Danish Labour Market- a Review, CARMA Research Paper 1/2005., 2005
- Cazes, S., Nesporova, A. Flexicurity – a relevant approach in Central and Eastern Europe, Geneva, ILO, 2007
- Eamets, R., Masso, J. The Paradox of the Baltic States: Labour Market Flexibility but Protected Workers? European Journal of Industrial Relations, Vol. 11, No. 1, pp 71-90., 2005
- European Commission Employment in Europe 2006, 2007
- Ignjatović, M. Slovenia. Contribution to the EEO Autumn Review 2006 'Flexicurity', November., 2006
- Micevska, M. Labour Market Institutions and Policies in Southeast Europe, <http://www.sigov.si/umar/conference/2004/papers/Micevska.pdf>, 2004
- OECD ,Employment Outlook 2004., 2004
- Tonin, M. Updated Employment Protection Legislation Indicators for Central and Eastern European Countries, September, 2003
- UNECE Economic Survey of Europe 2003 No.1, 2003
- Vaughan-Whitehead The World of Work in the New EU Member States: Diversity and Convergence, 2005
- Wiltenhagen, T. Tros, F. „The Concept of Flexicurity“: a new approach to regulating employment and labour markets, in: Flexicurity: Conceptual Issues and Political Implementation in Europe, European Review of labour and research, Vol. 10, no. 2., 2004

¹² Die Frage lautete, ob die missbräuchliche Inanspruchnahme von staatlichen Leistungen zu rechtfertigen sei. Die Ergebnisse variieren für die NMS sehr stark, Bulgarien und Rumänien zeigen zusammen mit Ungarn nach Dänemark und den Niederlanden die höchste Sozialstaatsmoral in Europa. Befragt, wie sie das Verhalten ihrer Landsleute in dieser Hinsicht beurteilen, liegt wiederum Dänemark an der Spitze. Die Rumänien attestieren jedoch ihren Landsleuten mit die niedrigste Sozialstaatsmoral in Europa. Auch Bulgarien scheidet nun deutlich schlechter ab. Am gravierendsten ist der Unterschied in Ungarn. Über 60% der Befragten sind der Ansicht, dass nahezu alle Landleute ungerechtfertigt staatliche Leistungen beziehen. Nach ihrer eigenen Einstellung befragt, halten über 70% der Ungarn dies für niemals gerechtfertigt. Vgl. www.worldvaluessurvey.org.